



Alain Berset:
Der SP-Bundesrat
setzt alles daran,
das heutige
Rentenniveau
zu bewahren.
Foto: Marco Zanoni

Die Pensionskassen sind alarmiert

Branchenverband fordert rasche Reformen

Bern/Zürich Der Pensionskassenverband Asip warnt vor einer weiteren Hinauszögerung der geplanten Reformen. «Unsere Altersvorsorge ist auf Änderungen angewiesen», sagt Präsident Christoph Ryter. Andernfalls wachse das Defizit in der AHV kontinuierlich an. 2013 liessen sich die ausbezahlten Renten von 40 Milliarden Franken noch haarscharf mit den Einnahmen decken. Doch 2014 kippt das Umlageergebnis gemäss der offiziellen Prognose ins Minus. Ab 2021 drohen schliesslich echte Lücken.

Zudem finde in der 2. Säule heute schon eine Umverteilung zwischen Erwerbstätigen und Rentnern statt, die niemals so vorgesehen gewesen sei, sagt Ryter. Das von den Rentnern angesparte Kapital reicht nicht mehr aus, um die Folgen der gestiegenen Lebenserwartung zu kompensieren. Verschiedene Experten quantifizieren die jährliche Umverteilung zwischen 600 Millionen und 1,5 Milliarden Franken – Geld, das letztlich den Erwerbstätigen fehlt.

«Es gibt keinen Plan B», sagt der Asip-Präsident. Das Reformpaket Altersvorsorge 2020 sei bereits der Plan B. Frühere Reformen seien am Volk gescheitert, und nun dränge die Zeit: «Je länger wir zuwarten, umso knapper bemessen werden die Übergangsfristen», so Ryter. Die beschlossenen Massnahmen müssten folglich viel rascher und damit schmerzvoller umgesetzt werden.

Der Altersvorsorge fehlen bis 2030 110 Milliarden Euro

Laut einer Schätzung des Instituts für Versicherungswirtschaft an der Universität St. Gallen fehlen der Altersvorsorge bis zum Jahr 2030 110 Milliarden Franken. Die Summe ergibt sich aus einer Lücke von 55,5 Milliarden in der AHV und 54,7 Milliarden Franken in der 2. Säule.

Einer der Gründe für die Defizite ist die steigende Lebenserwartung und die generelle Überalterung der Schweizer. Da man bestimmte Parameter, wie etwa der Umwandlungssatz, dieser Entwicklung nicht anpasst, werden schon heute jedem Rentner im Durchschnitt 40 000 Franken zu viel ausbezahlt. Finanziert wird die Lücke von den Erwerbstätigen – obwohl die berufliche Vorsorge grundsätzlich auf einem individuellen Ansparprozess basiert. Bis zum Jahr 2030 müssen die Erwerbstätigen jedem Neurentner im Durchschnitt gar mehr als 70 000 Franken zuschiessen.

Martina Wacker

Tieferer Umwandlungssatz

Das Reformpaket Altersvorsorge 2020 sieht unter anderem vor, dass der **Umwandlungssatz** in der zweiten Säule stufenweise von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt wird. Damit wird festgelegt, wie viel Rente einem Pensionär lebenslang jährlich ausbezahlt wird. Beispiel: Spart eine Person 500 000 Franken in der Pensionskassen an, erhält sie mit einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent eine jährliche Rente von 34 000 Franken. Mit einem Umwandlungssatz von 6,0 Prozent beträgt die Rente 30 000 Franken. Währenddessen legt die **Mindestverzinsung** fest, zu welchem Prozentsatz das Kapital verzinst wird. Derzeit schreibt der Bund 1,75 Prozent vor. (mw)